

Sonntagsblatt-Umfrage

Welches Thema muss die neue Regierung zuerst anpacken?



»Klimaschutz und Alltagsrassismus«
Gustav Albrecht (18), Bundesfreiwilliger, München



»Reform des Gesundheitssystems«
Bernd Obermeier (62), Ingenieur, Regensburg



»Alternativen für die Stromerzeugung«
Elisabeth Wolfsgruber (65), Rentnerin, Petersaurach



»Kinder und Jugendliche stärken«
Markus Pöllinger (53), Pfarrer, Vach

»Hauptziel muss der Klimaschutz sein. Nur die nächste Bundesregierung kann noch maßgeblich Weichen stellen, um etwas für das Erreichen der Ziele zu tun. Nach der Wahl 2026 ist es dafür vielleicht zu spät. Die nächsten vier Jahre sind also für den Klimaschutz entscheidend. Außerdem muss sich die Regierung überlegen, wie der Alltagsrassismus bei Wohnungssuche, Sport oder Berufswahl endlich abnimmt.«

Foto: S&S

»In der aktuellen Situation haben wir Defizite im Gesundheitssystem gesehen; dazu gibt es vielfache Reformvorschläge. Zum Beispiel arbeiten in Nachbarländern wie Dänemark Gemeinde-Pfleger eng mit Ärzten und Nachbarn zusammen, um kranken und alten Menschen noch ein eigenständiges Leben zu Hause zu ermöglichen. Das ist im Endeffekt kosteneffektiver, als die Betroffenen stationär aufzunehmen.«

Foto: priv

»Die Energiepolitik! Wir brauchen dringend Alternativen für die Stromerzeugung. Es müssen nicht immer Windräder sein, Sonne ist ausreichend vorhanden. Und: Energie muss bezahlbar bleiben, denn es ist ein Grundbedürfnis eines Menschen, und das muss sich auf jeden Fall jeder leisten können. Ohne Energie läuft heutzutage nichts mehr: kein Computer, kein Kühlschrank, keine Waschmaschine.«

Foto: dm

»Die Politik sollte die bestmöglichen Rahmenbedingungen schaffen, damit Kinder und Jugendliche sich entwickeln können und stark werden. Damit hat sie dieselbe Aufgabe wie Lehrer, Pfarrer und Eltern. Geräte in den vergangenen Monaten ist der Nachwuchs in unserem Land viel zu kurz gekommen im Zuge der Corona bedingten Einschränkungen des Lebens. Kinder verdienen Liebe und Geborgenheit.«

Foto: the

Sonntagsblatt Nr. 38, 11. Sept. 2024